

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21236, Schreibleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungs-  
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,  
unter Eingehalt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und verfassungsrechtlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 225

Dienstag, 27. September

1921

## Die Frage der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

London, 26. September. Der diplomatische  
Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt:  
London, Paris und Rom scheinen endlich ein  
vorläufiges Abkommen in der Frage der  
wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein erzielt  
zu haben. Dieses Abkommen wird die  
Schaffung einer Kommission an die deutsche  
Regierung tragen, die sie die von den  
Verbündeten eingesezte Sonderkommission zur  
Überwachung der deutschen Ein- und Ausfuhr  
annehmen müsse. Alle einzelnen Meinungs-  
verschiedenheiten zwischen den Verbündeten  
bezüglich der genauen Aufgaben dieser Kom-  
mission sollen demnach zwischen den Verbündeten  
selbst geregelt werden. Die Ansicht der italie-  
anischen Regierung in dieser Frage ist der in  
amtlichen Kreisen vorherrschenden sehr verwandt.  
Rom legt den vor kurzem geschlossenen Vertrag,  
eine besondere Überwachungskommission einzu-  
setzen, in genau demselben Sinne aus wie London,  
nämlich als Maßnahme zur Durchführung der  
Artikel 264 bis 267 des Versailler Vertrages.  
Die italienischen Staatsmänner seien ebenso wie  
die britischen für die baldige Aufhebung der  
wirtschaftlichen Sanktionen und gegen künftige  
Teilsanktionen. Die italienische Regierung  
sah auch vor, daß diese Kommission nicht der  
Austandskommission unterstellt wird und daß  
das Personal der Kommission, was die Zahl  
anbelangt, gering sein soll, damit die Kosten  
der Kommission auf ein Mindestmaß beschränkt  
würden. Diese Ansicht der italienischen Regie-  
rung entspricht ihrer bereits an der letzten  
Pariser Konferenz an den großen Ausgaben für  
die verschiedenen internationalen Kommissionen  
in Deutschland geübten scharfen Kritik.

## Raien und Rechtsprechung.

Berlin, 26. September. Aus dem Reichs-  
justizministerium ersuchen wir: Der Wunsch, an  
der Rechtsprechung der Strafgerichte Laien in  
weit größerem Umfange als bisher zu beteiligen,  
erscheint berechtigt und so dringlich, daß er schleu-  
nigst und noch vor der Durchführung der großen  
Prozessreform erfüllt werden muß. Dabei kommt  
es darauf an, daß einerseits der Kreis der Per-  
sonen, die zur Mitwirkung an der Strafrechts-  
prechung berufen sind, andererseits der Kreis der  
Gerichte, bei denen eine solche Mitwirkung statt-  
findet, möglichst erweitert wird. Diese Er-  
wägungen haben schon vor einiger Zeit dahin  
geführt, die Tagelöhner der Schöffen und Ge-  
schworenen zu erhöhen, um dadurch allen Kreisen  
der werktätigen Bevölkerung, namentlich der  
Arbeiterklasse, die Teilnahme an der Rechtsprechung  
mehr als bisher zu ermöglichen. In gleicher  
Richtung bewegt sich ein jetzt dem Reichsrat  
vorliegender Gesetzentwurf, wonach den von den  
Selbstverwaltungskörpern in den Kreisen für die  
Auswahl der Schöffen und Geschworenen ent-  
sandten Vertrauensmännern Tagelöhner gewährt  
werden sollen. Ein Gesetzentwurf, der den Frauen  
den Zugang zum Schöffen- und Geschworenen-  
amt eröffnet, liegt, wie bekannt, bereits dem  
Reichstage vor. In Vorbereitung befindet sich  
ein Gesetzentwurf, der eine Umformung der  
Strafgerichte bringt. In den Sachen, in denen  
bisher die ausschließlich mit Berufsrichtern besetzten  
Strafkammern urteilten, sollen künftig Schöffen  
mitwirken. Außerdem soll in diesen Sachen,  
ebenso wie es schon heute gegenüber den Urteilen  
der Schöffengerichte der Fall ist, die Berufung  
zugelassen werden, und auch die Berufungsgerichte  
sollen mit Schöffen besetzt werden. Die Wahl  
der obererwähnten Vertrauensmänner soll künftig  
nach dem gleichen und geheimen Wahrsystem und  
nach den Grundregeln der Verhältniswahl ge-  
schehen. Die Mitwirkung des Landgerichts bei  
der Aufstellung der Jahresliste der Geschworenen  
soll wegfallen; die Jahresliste soll vielmehr un-  
mittelbar von dem zur Auswahl der Schöffen be-  
rufenen Wahrschüsse aufgestellt werden. Auf dem  
Gebiete des materiellen Strafrechts liegen zurzeit  
dem Reichsrat der Entwurf eines Jugendgerichts-  
gesetzes und der Entwurf eines Gesetzes, der  
eine Erhöhung der Geldstrafdrohungen, eine Aus-  
dehnung des Anwendungsbereiches der Geldstrafe  
und im Zusammenhang damit eine wesentliche

## Der neue Krieg in Albanien.

### Die Albanier in Südslawien.

Belgrad, 26. September. Vollkommen  
militärisch organisierte, mit Geschützen versehene  
Truppen der Tirana-Regierung in Stärke von  
1000 Mann überschritten in der vergangenen  
Nacht neuerdings die Demarkationslinie und  
drangen 8 km tief in südslawisches Gebiet ein.  
Die südslawischen Streitkräfte mußten vor der  
überlegenen albanischen Truppenmacht zurück-  
weichen bis zum Dorfe Kras. Die Regierung  
ordnete Maßnahmen an, um die eingedrungenen  
Truppen zurückzuwerfen, benachrichtigte die Groß-  
mächte und den Völkerbund über diesen neuen  
albanischen Einfall und wies auf die gefährlichen  
Folgen solcher wiederholten Grenzverletzungen hin.  
Rom, 26. September. Wie „Giornale  
d'Italia“ aus Tirana über Balona meldet, haben  
albanische Truppen die Stellungen an der Drina,  
die von den Südslawen besetzt waren, angegriffen;  
die Südslawen wurden fast von ihrer ganzen  
Stellung zurückgeworfen. Die Verluste auf beiden  
Seiten waren schwer.

Athen, 26. September. Nach einer Meldung  
des Pressebureau aus Janina ist die griechische  
Kathedrale von Koriza von Albanern besetzt wor-  
den. In den griechischen Schulen dieser Stadt  
kann kein Unterricht erteilt werden, da die grie-  
chischen Lehrer vertrieben worden sind. Wälder-  
meldungen zufolge sind drei ehemalige öster-  
reichische Offiziere in Koriza eingetroffen. Sie  
sollen von der albanischen Regierung mit der  
Organisation einer albanischen Armee und mit  
der Leitung von Befestigungsarbeiten betraut  
worden sein.

### Ein südslawischer Handstreik.

Rom, 26. September. Wie „Giornale  
d'Italia“ aus Balona meldet, erschien am Mon-  
tag ein südslawischer Offizier an der albanischen  
Grenze, der dem albanischen Offizier das Ulti-

matum stellte, die Stellungen am Flusse Drina  
innerhalb von 24 Stunden zu räumen. Der  
albanische Offizier überbrachte das Ultimatum der  
Regierung in Tirana, die beim Völkerbund tele-  
graphischen Protest erhob. Nach Ablauf der  
24 Stunden besetzten die südslawischen Truppen  
nach erneuter Beschießung die Stadt Kragaj (?)  
und ihre Umgebung. Unter der Bevölkerung  
herrschte große Erregung über diesen Hand-  
streik. Die Regierung von Tirana, welche die  
Einberufung von Wehrpflichtigen und Anwerbung  
von Freiwilligen eingeleitet hatte, hat infolge dieser  
Vorgänge damit wieder begonnen. Die Soldaten,  
die in dem ganzen Gebiet von Balona sich sam-  
meln, gehen morgen nach Tirana ab.

### Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Konstantinopel, 26. September. (Davas.)  
Nach Nachrichten aus kemalistischer Quelle ist in  
der Gegend von Gazi-Schehir eine große Schlacht  
im Gange.

Paris, 26. September. Davas verbreitet eine  
aus türkischer Quelle kommende Meldung, daß die  
Gerüchte von der Eroberung Gazi-Schehirs sich  
nicht bestätigen. Zudem habe sich die Lage der  
griechischen Armee noch verschlechtert dadurch, daß  
zwei Kavalleriedivisionen und zwei Infanterie-  
divisionen in ihrem Rücken operierten, die Halb-  
Ghazis besetzt hätten.

### Zurückziehung der amerikanischen Truppen.

Paris, 26. September. Nach einer Mel-  
dung der „Chicago Tribune“ aus Washington  
hat der Senat einstimmig für auswärtige An-  
gelegenheiten erklärt, daß die Zurückziehung der  
amerikanischen Truppen am Rhein sofort be-  
ginnen solle.

### Die Kredite für Oesterreich.

London, 26. September. Der diplomatische  
Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, in  
der Frage der Kredite für Oesterreich sei eine  
neue Schwierigkeit entstanden. Rumänien und  
Serbien zeigten bisher keine Neigung, ihre Rechte  
auf die österreichischen Reparationen aufzugeben.  
Eine amerikanische Unterstützung bleibe wegen der  
Verzögerung der Annahme der Bill über die  
ausländischen Anleihen und Kredite aus. Die  
französische Regierung müsse jetzt ihre Hilfe von  
der Bezahlung der Kupons der französischen  
Staatsschulden Frankreichs abhängig machen.

### Die Vorgänge im Burgenlande.

Wien, 26. September. Amtlich wird ge-  
meldet: Oesterreich hat ungarische Banden,  
unterstützt von bewaffneten ungarischen Eisen-  
bahnern, unsere Sicherungstruppen bei Stud-  
a. d. Leitha angegriffen. Diese mußten ihre  
Verteidigungsstellungen an den Weichselbach zurück-  
ziehen. Nach Tagesanbruch gelang es ihnen,  
bis ungarischen Banden zurückzuwerfen.

### Ungarn und der Völkerbund.

Genf, 26. September. Die ungarische Dele-  
gation hat gestern das Gesuch Ungarns um Auf-  
nahme in den Völkerbund für die diesjährige  
Tagung zurückgezogen. Dies ist ein Sieg der  
Keinen Entente.

### Eine Rede Churcills.

London, 26. September. In einer großen  
Rede in Dundee besaßte sich Churchill nach der  
Erörterung der irischen Frage mit dem Niedergang  
des Welthandels, mit dem Bolschewismus und der  
Washingtoner Konferenz. Eine Konferenz über  
die Schaffung normaler Währungsverhältnisse würde wert-  
voller und noch dringlicher sein, als die Ab-  
stimmungskonferenz in Washington. Daraus wandte  
sich Churchill der sozialistischen, kommunistischen  
und bolschewistischen Agitation zu, durch die  
ebenfalls die Befestigung der Welt verzögert  
werde. Er erörterte die furchtbare Lage, welche  
die Bolschewisten über England gebracht hätten.  
Trotz und Lenin hätten einfach von dem ge-  
zogen, was von dem Regime des Jaren übrig  
geblieben sei.

### Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Berlin, 26. September. Bei den Be-  
sprechungen über die Aufhebung des Ausnahme-  
zustandes in Bayern wurde von den bayerischen  
Vertretern vornehmlich auf die schwierige innen-  
politische Lage Bayerns und auf die Möglichkeit  
einer Putschgefahr hingewiesen. Nach langen Ver-  
handlungen einigte man sich dahin, daß die Reichsregierung  
dem Grafen Lerchenfeld eine kurze Frist zur Kon-  
solidierung der innerbayerischen Verhältnisse zu-  
gestand, nach deren Ablauf der Ausnahmezustand  
in Bayern selbst beseitigt werden soll. Die bayeri-  
schen Vertreter ihrerseits erklärten, daß das  
Verbot der unabhängigen sozialdemokratischen  
„Münchener Morgenpost“ aufgehoben werden soll.

### Die deutsch-französischen Ver- handlungen.

Paris, 26. September. Der „Matin“ glaubt  
zu wissen, daß die nächste Zusammenkunft  
zwischen Minister Dr. Rathenau und Loucheur am  
1. Dezember in Wiesbaden stattfinden wird.

## Die Verzögerung der ober- schlesischen Entscheidung.

Noch vor einigen Tagen wußte die Pariser Presse  
zu berichten, daß hinter den Kulissen des Völker-  
bundesrats die obereschlesische Frage so weit vor-  
bereitet sei, daß sie noch vor Ende des Monats  
verabschiedet werden könne. Andere Meldungen  
besagten außerdem, daß der Oberste Rat bereits  
für Anfang Oktober zusammenberufen worden sei,  
um die Entscheidung des Völkerbundesrats zu san-  
ktionieren. Nun aber lauten entgegengesetzte Nach-  
richten um. Man muß damit rechnen, daß im  
Obersten Rate die Ansichten über Oberschlesien  
noch nicht so gefärt sind, um zu einer Entschlei-  
dung zu führen. Aber auch jene Gerüchte werden  
Beachtung verdienen, nach denen englischerseits  
dem Obersten Rat Mitteilungen gemacht worden  
sind, die seine Entscheidung verzögert haben. In  
den letzten Tagen hörte man wiederholt, daß  
englisch-französische Verhandlungen in der ober-  
schlesischen Frage stattgefunden hätten, und es ist  
sehr wohl möglich, daß neue Gesichtspunkte  
aufgetreten sind, die sich auch beim Obersten Rate  
geltend machen. Dabei kann man weiter an  
der Gewissheit festhalten, daß die englischen An-  
sichten in der obereschlesischen Frage immer noch  
entgegensetzt den französischen, die gleichen geblieben  
sind und auf eine Begünstigung Deutschlands hin-  
zielen.

In Berlin selbst hat man an amtlichen Stellen  
noch keine näheren Nachrichten und weiß, wie sich  
die obereschlesische Frage gestalten wird und wann  
die obereschlesische Entscheidung fallen soll. Nur  
soviel scheint sicher zu sein, daß vorläufig an eine  
Entscheidung des Völkerbundesrats nicht zu denken  
ist. Es sind jedoch Verhandlungen zwischen der  
Berliner und Warschauer Regierung im Gange,  
die, wenn auch nicht die obereschlesische Frage  
schlichten wollen, doch den Zweck verfolgen, wei-  
tere Klüffeln in Oberschlesien zu verhüten.  
Am meisten hat hier aber die obereschlesische Be-  
völkerung selbst das Rad ins Rollen gebracht  
und nach Sicherungen gegen künftige Klüffeln  
gesucht. Sie hat dabei zunächst die Unterstützung  
der deutschen Regierung und durch diplomatische  
Arbeit auch die Unterstützung der polnischen  
Regierung gefunden.

Man muß im Gefühle völliger Ohnmacht die  
lange Hingögerung der Entscheidung über Ober-  
schlesien mit tiefem Bedauern hinnehmen. Der  
Oberste Rat kann das dem Völkerbund über-  
tragene Mandat zwar nicht mehr zurücknehmen,  
der Völkerbund aber arbeitet langsam, bei seiner  
dieimaligen Tagung langsamer als früher, und hat  
es nicht eilig, eine der brennendsten Fragen im  
Völkerbunde zu erledigen. Dabei sprechen im  
Obersten Rat auch die Rücksichten auf die engli-  
sche und französische Meinung mit, auf die Ab-  
hängigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten des  
Völkerbundesrats von diesen Ländern. Es heißt,  
in englischen Kreisen werde immer mehr davon  
gesprochen, daß wahrheitsgemäß eine neutrale Zone  
in Oberschlesien entstehen könne, während in  
Frankreich in letzter Zeit größere Zurückhaltung  
geübt wird, auch unter den französischen Be-  
satzungstruppen in Oberschlesien, die teilweise ihre  
Aufgabe heute nicht mehr so einseitig wie noch  
vor kurzer Zeit nehmen. Die Dinge liegen jeden-  
falls völlig ungeklärt, und soviel auch über die  
Dringlichkeit der Entscheidung in der obereschlesischen  
Frage geschrieben und gesprochen worden ist, so  
klar auch im Versailler Vertrag gesagt worden ist,  
daß am 20. August die Entscheidung über Ober-  
schlesien gefallen sein müsse, so muß man sich doch  
darauf einstellen, noch Monate hindurch auf Über-  
sicherungen in der obereschlesischen Frage vor-  
zubereiten zu sein. Alle Proteste deutscherseits  
haben keinen Zweck, nachdem die ober-  
schlesische Entscheidung in die Hände einer  
Versammlung gelegt worden ist, die anscheinend  
gründlich arbeitet, sich aber auch gründlich Zeit  
nimmt. Alles, was über die Nachprüfung durch  
den Völkerbundesrat geschrieben worden ist, hat  
sich größtenteils nicht bestätigt. Soweit in Berlin  
bekanntgegeben worden ist, sind einige Unterlagen,  
die französischerseits einseitig orientiert waren,  
durchgeprüft worden, eine Biererkommission hat  
die obereschlesische Frage offiziell bearbeitet. Im  
übrigen soll die Zeit anscheinend ihr Wert tun,  
und sie tut es vornehmlich in der Weise, daß sie  
eine deutsche Lebensfrage verewigert.